

Die Bundesrepublik ist souverän

Pariser Verträge unterzeichnet — Bundesgenossen für Wiedervereinigung

Berlin (Eigenmeldung/DPA/AP). Nur zwei Monate nach dem Scheitern der EVG ist in Paris das neue Verteidigungssystem des Westens unterzeichnet worden. Die Verträge von Paris geben der Bundesrepublik die volle Souveränität, machen Deutschland zum gleichberechtigten Partner im militärischen Verteidigungssystem des Westens, dem Nordatlantikpakt, und bedeuten einen wesentlichen Fortschritt in den Bemühungen um den Zusammenschluß Europas. Die nach dem Scheitern der EVG gefährdete Einheit des Westens ist allen sowjetischen Störversuchen zum Trotz wieder gefestigt.

Die Pariser Abkommen, die nach ihrer Ratifizierung durch Frankreich beziehungsweise die Parlamente der 14 NATO-Staaten wirksam werden, betreffen: Beendigung des Besatzungsregimes und Wiederbewaffnung Deutschlands, Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und die Westeuropäische Union und die Saarlösung.

Vertrag über Souveränität

Der Vertrag über die Wiederherstellung der deutschen Souveränität setzt sich aus folgenden Dokumenten zusammen:

1. Einem Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik,
2. fünf Anlagen zu diesem Protokoll,
3. einem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik,
4. einer Berlin-Erklärung der Westmächte,
5. einem Briefwechsel zwischen den Außenministern, den Oberkommissaren und dem Bundeskanzler.

Das Protokoll und der Truppenvertrag müssen durch die Parlamente der vier beteiligten Staaten ratifiziert werden.

Die übrigen elf NATO-Staaten haben sich der Erklärung der drei Westmächte hinsichtlich Berlins, der Anerkennung der Bundesregierung als einziger

rechtmäßiger deutscher Regierung, der Friedensregelung für Gesamtdeutschland und der Wiedervereinigung angeschlossen.

Westeuropäische Union

Das Abkommen über die Aufnahme der Bundesrepublik und Italiens in die Westeuropäische Union, den erweiterten Brüsseler Pakt, nennt in seiner Einleitung die Ziele des Vertrages: „Den Frieden und die Sicherheit zu festigen, die Einheit Europas zu fördern und seine fortschreitende Integrierung zu unterstützen.“

Die Vereinbarung regelt ferner die Höhe der Truppenkontingente der Mitglieder auf dem Kontinent, legt die Waffen fest, die einer Kontrolle unterstehen und bestimmt die Funktionen des Rüstungsamtes.

NATO-Aufnahme

In dem Vertrag über die Aufnahme der Bundesrepublik als 15. Staat in die NATO verpflichtet sich die Bundesrepublik, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Änderung der jetzigen Grenzen der Bundesrepublik nicht mit Gewalt anzustreben.

Die drei Westmächte erkennen ihrerseits die Bundesregierung als die einzige legale deutsche Regierung an, die berechtigt ist, für Deutschland zu sprechen und das deutsche Volk in inter-

nationalen Fragen zu vertreten. Sie erklären, daß ein wesentliches Ziel ihrer Politik die Wiedervereinigung und eine friedliche Regelung für ganz Deutschland bleibt, in deren Rahmen auch erst die endgültigen Grenzen Deutschlands festgelegt werden können. Jeder Angriff auf Berlin gilt als Angriff gegen die alliierten Streitkräfte und damit gegen die Alliierten selbst.

Die Westmächte erklären ferner, daß sie jede Gewaltanwendung gegen das Atlantik-Bündnis als Bedrohung ihres eigenen Friedens und ihrer eigenen Sicherheit ansehen werden.

Das Dokument legt weiter fest, daß alle Streitkräfte der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union im Befehlsbereich des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa ihm oder einem anderen NATO-Kommando unterstellt werden. Die Integrierung der Streitkräfte erfolgt auf der Ebene der Armeen, so daß die Armeekorps noch dem nationalen Befehl unterstehen.

Das Saar-Abkommen

Im Saar-Abkommen wird festgelegt:

1. Das Saarland erhält einen europäischen Status. Es wird der Westeuropäischen Union unterstellt, deren Ministerrat einen für die Außenpolitik und Verteidigung zuständigen Kommissar ernennt. Der Kommissar muß Angehöriger eines neutralen Staates sein.

2. In einer Volksabstimmung, die drei Monate nach Zulassung der deutschen Parteien durchgeführt wird, kann sich die

(Fortsetzung auf Seite 3)

Der zweite Versuch

DT. Das war mit der Unterzeichnung der Pariser Protokolle ein Tag und ein großes Ereignis „wie einst im Mai“, — nämlich im Mai 1952. Damals wurden die um die EVG gruppierten Verträge in Bonn und Paris unterzeichnet. Damals fehlte zum Unterzeichnungsakt nicht einmal die sowjetische Note, die auch diesmal wieder den Vertretern der Westmächte in Moskau überreicht worden ist. Das sind hoffentlich die einzigen Ähnlichkeiten zwischen heute und damals. Wir stehen zwar heute formell in der gleichen Situation wie in jenen Maitagen 1952 — ganz nahe am Ziel. Die Aussichten, es zu erreichen, sind diesmal aber weit aus besser.

Druck des Junktims

Für Frankreich war, da es die Entwicklung zur deutschen Gleichberechtigung und Wiederbewaffnung ohne einen empfindlichen Bruch mit seinen Freunden nicht mehr aushalten konnte, in dem ganzen Pariser Verhandlungskomplex das Wichtigste die Saarfrage. Deshalb hat es ihre wenn auch provisorische Regelung zur kategorischen Voraussetzung der Unterzeichnung aller anderen Protokolle gemacht. Die Stärke der diplomatischen Position des französischen Regierungschefs lag vor allem darin, daß er zu dieser Unterzeichnung einfach „Njet“ sagen wollte, falls die dem Bundeskanzler abgeforderte Saar-Vereinbarung nicht zustande kommen sollte. Seine Forderungen in der Saarfrage wogen für Frankreich leicht gegenüber dem schweren Gewicht dessen, was Deutschland nach einem fast zehnjährigen Interregnum im Hinblick auf seine Selbständigkeit und Freiheit, seine Gleichberechtigung und Sicherheit zu fordern hatte. Die außerordentliche diplomatische Schwierigkeit des Bundeskanzlers war also dadurch gegeben, daß er einem Junktim gegenüberstand, das Mendès-France zwischen der Sicherung der französischen Saar-Interessen und der von Deutschland erstrebten Sicherung seiner Lebensnotwendigkeiten robust geschaffen hatte.

Der Bundeskanzler hat ganz recht, wenn er die Beendigung des Besatzungsregimes und die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität als das für uns wichtigste Ergebnis von Paris bezeichnet. Wir werden wieder unser eigener Herr sein und im Innern unseres Landes sowie über seine Beziehungen nach außen wieder allein bestimmen. Die Westeuropäische Union dazu ist Ansatz und Verheißung neuer europäischer Gemeinschaft und Zusammenarbeit, und die Anwesenheit deutscher Streitkräfte in der NATO wird zur besseren Sicherheit Deutschlands und Europas beitragen.

Das alles ist von grundlegender Bedeutung für die weitere deutsche und europäische Entwicklung — von Bedeutung auch für die unverminderte Notwendigkeit, durch eine ostwestliche Verständigung zu einer Lösung der Deutschlandfrage zu gelangen. Notwendige, längst fällige und zum Schaden aller Beteiligten verzögerte Entscheidungen sind also mit der Aussicht auf besseres Gelingen erneut gefallen.

Der Bundeskanzler ist an einem Ziele angelangt, das er mit dem ganzen Einsatz seiner starken Persönlichkeit verfolgt hatte. Über alle Widerstände von innen und außen hinweg, durch harte Kämpfe und unaufhörliche Schwierigkeiten ist er seinen Weg mit einem Mut und einer Konsequenz gegangen, die auch der respektieren sollte, der seiner Konzeption nicht ohne weiteres glaubt folgen zu können.

Die letzte Entscheidung ist ihm in einer diplomatisch sehr schwierigen Situation sicherlich nicht leicht gefallen. Sie hat nämlich Opfer gekostet. — Opfer in der Saarfrage. Thomas Dehler spricht in diesem Zusammenhang, ohne das Ganze zu verneinen, von „betäublichen Zugeständnissen“. Der andere Zeuge der Pariser Anstrengungen des Bundeskanzlers, Ollenhauer, sagt „unannehmbar“. Damit ist indessen noch nicht gesagt, wie der Führer der SPD in Paris entschieden haben würde, wenn er selbst an der Stelle des verantwortlichen deutschen Regierungschefs gestanden hätte. Solche Entscheidungen haben nämlich einen verschiedenen Aspekt je nach

dem Grad der unmittelbaren Verantwortung, die es zu tragen gilt.

Doch wenn auch nach Paris auf der innenpolitischen Ebene der Parteien eine Verschärfung zu konstatieren ist: außenpolitisch wird die Haltung des Kanzlers als Erfolg bezeichnet, und zwar fast ausnahmslos von der gesamten Weltpresse.

Das bestätigt vor allem der Zorn der französischen KP-Zeitungen. Nirgendwo wird im Ausland (im Gegensatz zur heimischen SPD) die Haltung des Bundeskanzlers in Paris als Schwäche oder gar Niederlage gedeutet, vielmehr sieht man in ihm noch stärker als bisher den „Unterhändler des guten Willens“, der die deutsch-französische Aussöhnung weiter gefördert und damit gleichzeitig einen „vielversprechenden Ausblick auf die Schaffung eines wahrhaft vereinten Europas“ gegeben hat.

Der Wink aus Moskau

Die in letzter Minute auf den Pariser Konferenztisch gefaltete Note aus Moskau rundet das Bild des Geschehens nach altem Brauch.

Wesentlich Neues ist in ihr nicht enthalten, jedenfalls nicht die von den Westmächten geforderte klare Antwort auf die Frage nach der sowjetischen Bereitschaft zu freien Wahlen in Deutschland. Was wir hören, das ist nur die schon früher erklärte Bereitschaft Moskaus zu neuen Verhandlungen über die alten Themen der Berliner Konferenz und den österreichischen Staatsvertrag.

Diese sowjetische Note wird denn auch in der Weltpresse allgemein als „naiv“ und als „wenig einfallreicher“ Querschuß-Versuch Molotows bezeichnet, sogar von der linkssozialistischen Presse in Paris mit der lapidaren Bemerkung, die Sowjetnote sei „zu spät abgegangen“. Nachdem jetzt der Westen durch die Pariser Abmachungen einen „Zuwachs an Stärke“ erhalten habe, könne er künftige Gespräche mit den Sowjets auf einer realistischen Basis mit größerer Aussicht auf klare Ergebnisse führen. Vor der Ratifizierung seien derartige Gespräche „nichts anderes als Unfug“, meint der Londoner „Daily Telegraph“.

Bundesrepublik ist souverän

NATO mächtigste Verteidigungsorganisation

(Fortsetzung von Seite 1)

Saarbevölkerung für oder gegen diese Regelung aussprechen. Wird die Regelung von der Saarbevölkerung gebilligt, kann der Status der Saar bis zum Abschluß eines gesamtdeutschen Friedensvertrages nicht mehr verändert werden. Alle Bestimmungen in einem Friedensvertrag, die die Saar betreffen, müssen durch Volksbefragung von der Saarbevölkerung gebilligt werden.

3. Innerhalb von drei Monaten nach Billigung des Saarstatuts müssen Neuwahlen zum Landtag stattfinden.

Die deutschen Parteien erhalten völlige politische Freiheit. Sie dürfen jedoch bei den Wahlen für einen neuen Landtag, die unmittelbar nach der Übernahme der Amtsgeschäfte durch den neuen Kommissar stattfinden, keine Propaganda für eine Änderung des Status quo machen. Mit der Billigung der Saarlösung durch die Bevölkerung soll der Status quo als verfassungsmäßiger Zustand angesehen werden.

4. Die französisch-saarländischen Wirtschaftskonventionen bleiben bestehen, doch wird der Handel zwischen der Saar und der Bundesrepublik erweitert.

Ein Kompromiß

Eine Einigung über die Saarfrage war von Frankreichs Ministerpräsidenten Mendès-France als Voraussetzung für die französische Zustimmung zu den übrigen Verträgen genannt worden. Mendès-France forderte Entscheidung innerhalb von 72 Stunden. Die Lösung konnte nur durch beträchtliche deutsche Zugeständnisse erzielt werden. Unmittelbar darauf unterzeichneten die Außenminister die Verträge über die Aufnahme eines souveränen, wiederbewaffneten Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker.

Sicherheit für Europa

Als „Tag der Begründung der Europa-Gemeinschaft und damit der Verheißung der deutschen Wiedervereinigung“ begrüßte Dr. Adenauer den Abschluß der

Pariser Vertragswerke. Hinsichtlich der Saar-Abmachung sagte Adenauer: „Wir sind, wie ich glaube, zu einem brauchbaren Kompromiß gekommen. Jeder gute Deutsche kann ihn vertreten.“

Adenauer fuhr fort: „Ich glaube, daß die Westeuropäische Union den Gedanken der europäischen Integration erheblich fördern wird. Darüber hinaus ist sie aber auch ein wirksames Instrument, um die Einheit Europas auf allen Gebieten zu verwirklichen. Diese Einheit ist die Voraussetzung dafür, daß die europäischen Völker sich die Sicherheit schaffen, ihre Freiheit erhalten und den Frieden festigen zu können.“

Den Atlantikpakt nannte der Bundeskanzler in seiner Ansprache die mächtigste Verteidigungsorganisation, die die Geschichte kenne.

In Paris habe der Wunsch der besten Deutschen und Franzosen nach einer Aussöhnung und nach Zusammenwirken beider Völker

verwirklicht werden können. „Die Aussöhnung der beiden Völker wird Europa den inneren Frieden geben und mit dazu helfen, daß Europa seinen geistigen Rang in der Welt behalten kann.“ In diesem größeren Zusammenhang müsse man auch die Saarfrage sehen.

„Für die Wiedervereinigung, die uns so sehr am Herzen liegt, haben wir mächtige Bundesgenossen gefunden.“

Vor der Presse machte der Bundeskanzler weitere Ausführungen zum Saar-Abkommen.

„Ich halte es für falsch“, so sagte er, „das Saarproblem zu sehr als Einzelproblem zu sehen. Es ist vielmehr notwendig, alle Pariser Entscheidungen im Zusammenhang zu bewerten.“ Wenn Mendès-France oder er nicht unterschrieben hätten, dann wäre mit aller Wahrscheinlichkeit die Saar zu Frankreich und früher oder später damit auch zusammen mit Deutschland an Sowjetrußland gekommen. Es bestehe zuwenig Klarheit darüber, in welcher Gefahr Westeuropa bis zur Unterzeichnung der Verträge in Paris geschwebt habe.

Deutschlandvertrag - früher und jetzt

Bonn (DPA). Bei einer Gegenüberstellung der Vertragstexte des früheren Deutschlandvertrages von 1952 und dem jetzt in Paris vereinbarten Vertrag ergeben sich einige wesentliche Unterschiede.

So wird die Bundesrepublik nach dem neuen Vertrag die „volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben“; 1952 dagegen fehlte jede Erwähnung der Souveränität.

Eine Überprüfung des Deutschlandvertrages war in der alten Fassung für den Fall vorgesehen, daß einer der Unterzeichnerstaaten im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung der europäischen Föderation darum ersuchte. Die neue Revisionsklausel sieht darüber hinaus vor, daß eine Revision auch dann schon gefordert werden kann, wenn eine „internationale Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wieder-

vereinigung Deutschlands“ erfolgt.

Gestrichen wurde in der neuen Fassung der Artikel, der eine Ausdehnung des Vertrages auf ein wiedervereinigtes Deutschland vorsah, und die Verpflichtung der Bundesrepublik, keiner internationalen Abmachung beizutreten, die die auf Grund der deutschalliierten Verträge bestehenden Rechte der Westmächte mindert.

Mit Atomwaffen

London (AP). Der stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, Montgomery, hat erklärt, wenn der Westen angegriffen werde, so sei es klar, daß er Atom- und Wasserstoffwaffen zur Verteidigung einsetze. Die operativen Pläne seien auf den Gebrauch dieser Waffen zu Verteidigungszwecken angelegt.

Appell an das Weltgewissen

Heimkehr der Kriegsgefangenen nicht länger verzögern!

Berlin (Eigenbericht/DPA). In Westdeutschland und Westberlin fanden am 23. und 24. Oktober eindrucksvolle Gedenkundgebungen für die deutschen Kriegsgefangenen statt, die noch nicht in die Heimat zurückkehren durften. Die beiden großen christlichen Kirchen hatten zur Fürbitte für die Gefangenen aufgerufen. Auf Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin appellierten die Heimkehrerverbände an das Weltgewissen.

Bundespräsident Professor Heuss forderte in einer Rundfunkansprache die Gewahrsamsmächte auf, die Heimkehr der Kriegsgefangenen nicht länger zu verzögern. In gleichem Sinne sprachen sich die Ministerpräsidenten von Bayern und von Nordrhein-Westfalen, Dr. Ehard und Arnold, aus.

Heuss sagte in seiner Gedenkrede, es müßten auch jene Lager in der Sowjetzone genannt werden, die „mit veränderten Vorzeichen bereits dem Hitler-Regime dienten, damals schon im Volke nur im Flüsterton erwähnt und auch heute noch Orte namenlosen Leides“. Der Bundespräsident dankte dem Deutschen Roten Kreuz für seine Bemühungen, in direktem Gespräch mit dem Sowjetischen Roten Kreuz Aufklärung über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener zu erhalten.

„Wir sind schmerzlich davon bewegt, daß wir Jahr um Jahr der deutschen Kriegsgefangenen gedenken müssen, die noch nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sind“, sagte Bundestagspräsi-

dent Dr. Ehlers in einer Erklärung zum Kriegsgefangenen-Gedenktag.

Die Hoffnung, daß diese Frage durch politische Vernunft und Menschlichkeit endlich bereinigt würde, habe sich nicht erfüllt. Der Bundestag gedenke auch derjenigen Häftlinge, die sich in den Lagern und Gefängnissen der Sowjetzone befinden.

Fünfzehn Frauen des öffentlichen Lebens, unter ihnen die Alterspräsidentin des Bundestages, Dr. Lüders, unterzeichneten in Bonn einen Appell zur Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Der Appell soll den Frauen in der gesamten Welt zugeleitet werden.

Zu einer ergreifenden Treuekundgebung für die noch nicht heimgekehrten Kriegsgefange-

nen gestaltete sich in Westberlin die Entzündung der Gedenkerkerze durch Frau Hanna Reuter auf dem Wittenbergplatz. Über 3500 Berliner, viele von ihnen kamen aus dem Ostsektor, standen auf dem Platz und hielten die grünen Gedenkerkerzen in den Händen.

Bonn (DPA). Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Heimkehrer, Kiesling, gab bekannt, daß gegenwärtig noch 161 073 Deutsche in Gefangenschaft sind.

9210 Kriegsgefangene in der Sowjetunion stehen mit ihren Angehörigen in der Heimat in Postverbindung. Von den 129 000 Zivilverschleppten sei jedoch ein großer Teil wahrscheinlich tot. 92 000 Kriegsgefangene sind in der Sowjetunion als verschollen anzusehen. Im westlichen Gewahrsam befinden sich nach Mitteilung Kieslings noch 354 Kriegsgefangene.

Berlin (DPA). Die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ schrieb am Sonntag, daß es keine Kriegsgefangenenfrage mehr gebe, da die Repatriierung aller deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion „längst abgeschlossen“ sei.

Unterstützung für Ostberliner

Bonn (AP). Einstimmig hat der Bundestag beschlossen, daß Ostberlinern, die in den Westsektoren Berlins arbeiten, künftige Arbeitslosenunterstützung in

Westberlin gewährt werden kann.

Aufgabe für die UN

Berlin (DPA). Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Professor Suhr, hat in einer Erklärung über den Sender Freies Berlin die Frage aufgeworfen, ob es nicht eine Instanz gebe, die darüber zu entscheiden hat, ob Wahlen Wahlen genannt werden können.

Er sagte, ob es nicht Aufgabe der UN sein sollte, einmal einen Maßstab dafür anzulegen und zu verkünden, welche Wahlen nun eigentlich diesen Namen verdienen. Unter Hinweis auf das von den Pankower Machthabern bekanntgegebene endgültige Ergebnis der „Volks-wahlen“ erklärte Suhr: „Ich glaube, in der ganzen Welt und damit auch in den UN gibt es eine Mehrheit dafür, daß das, was hier als 99,3prozentiger Sieg hinausposaunt worden ist, keine Wahl bedeutet.“

Gefängnis für KP-Redakteur

Köln (DPA). Der große Strafsenat des Oberlandesgerichts Köln hat den Redakteur der kommunistischen Zeitung „Volksstimme“, Pusch, zu einem Jahr Gefängnis und 500 DM Geldstrafe verurteilt. Pusch hatte für das vom Bundesgerichtshof als hochverräterisch bezeichnete Wiedervereinigungsprogramm der SED Propaganda getrieben.

Nürnberg (DPA). In Nürnberg wurde der FDJ-Funktionär Wisomorki wegen Betätigung für die illegale FDJ zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Braunschweig (AP). Der erste Kreissekretär der Kommunistischen Partei aus Braunschweig,

Rudi Wiczorek, ist von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Er steht unter dem Verdacht, Beihilfe zur Agententätigkeit geleistet zu haben.

Karlsruhe (DPA/AP). Wegen versuchter Anstiftung zum Landesverrat hat der 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes den 34-jährigen Alfred Friedrich aus Berlin-Kladow zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Friedrich hatte im Herbst 1953 im Auftrag des sowjetischen Nachrichtendienstes versucht, den ehemaligen Abwehrchef des Amtes Blank, Oberstleutnant a. D. Heinz, zum Überlaufen in die Sowjetzone zu bewegen.

Die „Monatsgesellschaft“ hat Schulden

Über eine Million Mitgliedsbücher und keine Beiträge

Seit die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ nicht mehr die Subventionen der Besatzungsmacht erhält und ihren Geist allmählich aufzugeben scheint, wird sie von ihren Mitgliedern spöttisch „Monatsgesellschaft“ genannt. Denn nur einmal alljährlich erinnert man sich an ihre Existenz: wenn der „Monat für deutsch-sowjetische Freundschaft“ fällig ist. Seit sich im Oktober die sowjetischen Feiertage häufen, wurde der November zum Freundschaftsmonat deklariert.

Schon Wochen vorher reisen die Instrukteure der „deutsch-sowjetischen Freundschaft“ in die Verwaltungen und Betriebe und versuchen an Hand alter Mitgliederlisten die Ortsgruppen wiederaufzubauen. Dem steht auch in diesem Jahr wieder entgegen, daß es in der „Gesellschaft“ wohl mehr als eine Million Mitgliedsbücher, jedoch keine 10 000 aktiven Mitglieder gibt.

Dieser November könnte das Ende sein: Erstmals ist das monatliche Beitragsaufkommen unter 20 000 DM abgesunken, 500 000 DM jedoch beträgt monatlich allein der feststehende Ausgaben-Fonds. Bisher haben SED und Staatskasse das Defizit gedeckt. Jetzt wird die Partei unfreudlich: Wenn die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ nicht einmal imstande ist, ihre Mitglieder zur Beitragszahlung anzuhalten, muß eben der Funktionärsapparat abgebaut werden!

Entweder — oder

Als 1950 der erste „Monat deutsch-sowjetischer Freundschaft“ verkündet wurde, gab es in Ostberlin knapp 40 000 Mitglieder, zumeist SED-Funktionäre. Einen Monat später gab die damalige Landesleitung 100 000 Ostberliner Mitglieder bekannt. Mit erpresserischen Methoden waren Arbeiter und Angestellte gezwungen worden, der „Gesellschaft“ beizutreten. Man verfuhr nach der Fragestellung: „Entweder du bist ein Freund der Sowjetunion, dann tritt ein! Oder du bist ein Sowjetgegner, dann hast du in einem volkseigenen Betrieb oder einer ‚demokratischen‘ Verwaltung nichts zu suchen!“

Heute bekommt die „Gesellschaft“ die Quittung für solche Methoden: Keine 4000 zahlenden Mitglieder besitzt der Ostberliner Bezirksverband, nicht einmal die

Abteilungsleiter der Regierung und die höheren SED-Sekretäre entrichten ihren Obulus.

58 000 Verlustmeldungen

Der SED blieb diese Entwicklung nicht verborgen. Die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ wurde finanziell ein Faß ohne Boden. Mit ihren Hunderten von „Freundschaftshäusern“ und einem aufgeblähten Apparat hauptamtlicher Funktionäre verschlang sie Millionenbeträge. Bis 1950 subventionierte hier die Besatzungsmacht, die sinnlos ausgegebenen Millionen schrieb man auf Konto der Besatzungskosten.

Als nach der Flucht einiger Funktionäre, der Verhaftung anderer und der Umbesetzung des Zentralvorstands die „Gesellschaft“ der SED unterstellt wurde und von der neugegründeten „DDR“ finanziert werden mußte, startete sie ihre erste große Beitrags-Einziehungsaktion. Der 2. „Freundschaftsmonat“, 1951, stand unter der Losung: „Jedes Mitglied zeigt stolz sein pünktlich geklebtes Beitragsbuch!“ Im gleichen Monat gingen 58 000 Verlustmeldungen für Mitgliedsbücher ein!

Die „Gesellschaft“ war gezwungen, neue Bücher herauszugeben. Jeder Empfänger eines Zweitexemplares aber behauptete, im alten seine Beitragsmarken bis zum letzten Tag geklebt zu haben. Eine Kontrolle war nicht möglich.

Man hatte viertel- und halbjährlich kassiert, es gab keine Betriebsgruppen, die Parteiorganisationen pflegten das dümmste Mitglied mit der Funktion eines „Beauftragten für die deutsch-sowjetische Freundschaft“ zu bedenken.

Am Ende des zweiten „Freundschaftsmonats“ war die Gesellschaft pleite. Die gepreßten Mitglieder hatten sich gerächt.

Danach trat die „Gesellschaft“ nicht mehr in Erscheinung. Statt der Gelder stellte die Besatzungsmacht jetzt stundenweise „Sowjetmenschen“ zur Verfügung. Sowjetsoldaten der geprüften Kategorie erhielten vierstündige Urlaube, um kleine Kulturveranstaltungen im Kreise fortschrittlicher Ostzonenbewohner zu verbringen. Die Kinder der Besatzungsfamilien wurden kurzfristig in geschlossenen Pioniergruppen an sowjetzonalen Schulfestern ausgeliehen, um „Kalinka“ oder ein forsches Pionierlied abzusingen.

Schulkinder kamen mit Eintrittserklärungen für die „Gesellschaft“ nach Hause und erklärten: „unser Lehrer und der Pionierleiter haben gesagt, jeder fortschrittliche Mensch ist heute in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. Vor diesen Zettel nicht unterschreiben wieder mitbringt, über dessen Eltern wüßten sie dann Bescheid!“

Viel haben diese Methoden nicht genutzt. Die „Freundschaft“ läßt sich nicht erzwingen. Als 1952 und 1953 die „Freundschaftsmonate“ im Zeichen von Produktionsverpflichtungen durchgeführt werden mußten, war es ganz aus. Der 17. Juni war der Schlußstrich unter die stunden- und monatsweise Verbrüderung.

Freiwillige Spenden erbeten!

In diesem Jahr ist die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ nicht einmal imstande, den Druck der Traktätschen für den Jubelmonat zu bezahlen. Ihre einzige Einnahmequelle, der Verlag „Kultur und Fortschritt“, wirft nur ein Fünftel der außer dem geringen Beitragsaufkommen benötigten Gelder ab. Für die „Freundschaftshäuser“ wird schon lange keine Miete mehr bezahlt. Die Schulden häufen sich, die Funktionäre bangen um ihre Planstellen zwischen 350 und 1800 DM. Im kommenden November gibt es nur Besuche von Sowjetaktivisten und Aufrufe zu neuer Leistungssteigerung. Darüber hinaus: „Freiwillige Spenden sind erbeten!“ Ach so.

Sorge vor dem Winter

Wien (Eigenmeldung). Ungarns Wirtschaft fürchtet eine Wiederholung der schweren Wirtschaftskrise im Winter 1953/54. Das geht aus einem Kommentar zum Planbericht hervor, den Ungarns Wirtschaftsminister, Vizepremier Ernő Gerő, kürzlich veröffentlichte. Infolge der unzureichenden Kohlenförderung im Sommer war es im Winter 1953/54 zu einer Krise gekommen, die ihren Höhepunkt im Januar 1954 mit einem Produktionsrückgang von 15 bis 20 v.H. erreichte. Der Wert des gesamten Produktionsausfalls wird offiziell auf 1 Milliarde Forint beziffert.

Besonders bedenklich ist die Lage jetzt immer noch im Kohlenbergbau, wo der Rückstand von rd. 300 000 t nicht — wie von den Kommunisten verlangt — bis zum 30. September aufgeholt werden konnte. Auch die Qualität der Kohle läßt viel zu wünschen übrig.

Protest gegen Familiengesetz

Katholische Bischöfe schreiben an Grotewohl

Berlin (KNA). Gegen die materialistische Konzeption des von der Sowjetzonen-Regierung zur Diskussion gestellten Familiengesetzentwurfes haben sich die katholischen Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der Zone in einem Schreiben an Grotewohl gewandt.

Der Entwurf, so heißt es in der Stellungnahme, nehme auf die christlichen Grundsätze keine Rücksicht. „Er ist ganz offensichtlich von der materialistischen Weltanschauung getragen und dient dem Bestreben, sie im Gesetzgebungswege auf dem Gebiet des Ehe- und Familienrechtes durchzusetzen.“ Es sei untragbar, daß in einem Gesetz, dessen Anwendung Millionen Christen unterworfen sind, der religiösen Bedeutung von Ehe und Familie mit keinem Wort gedacht werde. Der Entwurf sehe in Ehe und Familie nur eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Funktion.

„Wir würden unsere Gewissen sehr belasten“, erklären die Bischöfe abschließend, „wenn wir zu einer Entwicklung schweigen würden, die nach unserer festen

Pankower Kulturoffensive

„Volkskultur“ bis 1960 — Geld spielt keine Rolle

Die Sowjetzonen-Regierung hat den Generalstabsplan für eine großangelegte Kulturoffensive fertiggestellt. Wie immer in solchen Fällen erschien in der Ostpresse eine seitenlange „Programmerklärung“, die in sechs Spalten ermüdende Phrasen enthält und nur in einer auf den eigentlichen Kern der Sache vorstößt. Pankow will mit Hilfe riesiger staatlicher Summen einen „kalten Kulturkrieg“ gegen Westdeutschland führen.

In seiner Programmerklärung gibt das Kulturministerium bekannt, Ziel der kommenden Arbeit sei der „Aufbau einer demokratischen und nationalen Volkskultur“ bis zum Jahre 1960. Hier wird also nach altem Schema ein neuer Begriff geschaffen.

Der expansive politische Charakter dieser „Volkskultur“ geht aus den Teilen des Programms hervor. Da ist die Rede von der Bildung „kultureller Gesellschaften“ mit gesamtdeutschem Charakter. Das Kulturministerium empfiehlt, „diesem Charakter auch in einem gesamtdeutschen Vorstand auf demokratischer Grundlage Aus-

druck zu geben“. Durch Zusammenarbeit mit den Kulturschaffenden Westdeutschlands sollen die „Einheit der deutschen Kultur“ und ihr „humanistischer Charakter gemeinsam verteidigt“ werden. Dafür wird die baldige Einführung eines neuen Titels — Verdienter Künstler des Volkes — versprochen. Es gehört nicht viel dazu, schnell zu erkennen, was Pankow damit anstrebt, und darum ist diese Kulturoffensive praktisch schon verloren, ehe sie begann.

Eine Filmhochschule, ein Literaturinstitut, eine Bibliotheksschule, neue Kulturhäuser und „Kulturparks“ (davon einer in Berlin) sollen dafür sorgen, daß die „Volkskultur“ auch das wird, was sich die Machthaber von ihr versprechen: nämlich die Popularisierung und damit verbundene Nivellierung des gesamten geistigen und künstlerischen Schaffens zugunsten einer Weltanschauung, für die der Höhenflug ausgeprägter Individualitäten aus durchsichtigen Gründen als „volksfeindlich“ gilt. Die Gelder, die für derartige Zwecke zur Verfügung gestellt werden, sind also nicht etwa bedingungslose Zugeständnisse an den Volksgeschmack, was immerhin ein vertretbarer Standpunkt wäre. Sie dienen vielmehr dem fortwährenden Experimentieren an dem großen Problem der kommunistischen Funktionäre, wie auf dem Umweg über einzelne Sondergebiete die im Grunde unpopuläre Ideologie dem Volksgeschmack angepaßt werden kann.

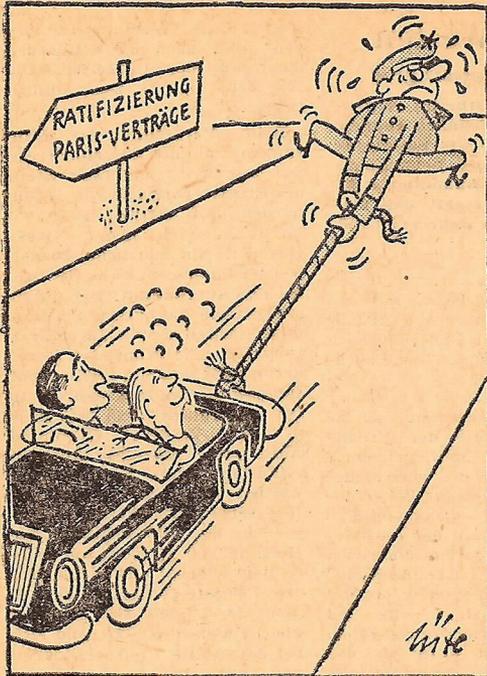
Nur für die Partei

Berlin (Eigenmeldung). Ein Lagerverwalter der volkseigenen EMW-Werke in Eisenach wurde dieser Tage festgenommen. Man warf ihm vor, große Mengen von Ersatzteilen gehortet zu haben. Zu seiner Verteidigung verwies der Verwalter auf eine Anordnung des zuständigen Ministeriums, wonach Autoersatzteile in erster Linie nur an Partei- und Staatsbehörden abgegeben werden dürften.

Linientreue auf der Eisscholle

Moskau (DPA). Wie Radio Moskau meldet, wurde die erste kommunistische Parteiorganisation am Nordpol eingerichtet, bei einer auf einer Eisscholle treibenden arktischen Forschungsstation. Eine Funkverbindung stellte Radio Moskau zwischen

den Forschern und ihren Angehörigen in der Sowjetunion her. Die einzige Frage der Angehörigen soll gelautet haben: „Welche politische Literatur braucht ihr, um das Studium des Marxismus-Leninismus fortsetzen zu können?“



Die Moskauer Note

45 000 Mark verschwanden

Linientreue ist für hauptamtliche Tätigkeit bei der FDJ erste Voraussetzung, fachliche Leistungen spielen weniger eine Rolle. Unter solchen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß bei der FDJ Korruptionsfälle durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören.

So sind z. B. bei der FDJ-Bezirksleitung Dresden zur Zeit Untersuchungen im Gange, um festzustellen, wo 45 000 Mark geblieben sind, über die keine Belege existieren. Eine Reihe feuchtfröhlicher Gelage führender FDJ-Funktionäre sollen an dem Kassensmanko nicht unbeteiligt sein. Bei der Überprüfung wurde vorerst die betrübliche Tatsache festgestellt, daß von 104 hauptamtlichen Mitarbeitern der Bezirksleitung Dresden nur 22 ihre FDJ-Beiträge laufend bezahlt haben.

„Ihr seid nie freie Wahlen, Genossen, die machen ja allei ganz anders als bei uns!“

Studium mit „Vorbildung“

Studenten-Austausch und Studienaufenthalte im Ausland sind heute nichts Besonderes mehr. Auch innerhalb des Ostblocks wird Studenten die Möglichkeit einiger Auslands-Semester gegeben. Allerdings nur aus politischen Erwägungen: Die fortschrittliche Intelligenz von morgen soll einheitlich im sowjetischen Sinne ausgebildet werden.

Ehe der Student aus der Sowjetzone sich aber auf die Reise in die Sowjetunion machen kann, bekommt er dafür eine „Vorbildung“. Er muß einen drei Monate dauernden Speziallehrgang über sich ergehen lassen, ehe man es wagt, ihn den „großen Freunden“ vorzuzeigen.

„Speziallehrgänge“ nennt das Pankower Staatssekretariat für Hochschulwesen diese Vorbildungskurse, die seit Anfang dieses Jahres durchgeführt werden. Während der drei Monate Lehrgangszeit haben die Studenten über das, was sie dort sehen und hören, Stillschweigen zu bewahren. Der Unterricht umfaßt vor allem Politischulung und russischen Sprachunterricht.

Warum das alles? Man hatte früher einige Pleiten erlebt. Die „großen Freunde“ schickten eine Reihe sowjetzonaler Studenten ärgerlich nach Hause zurück mit der Begründung, sie hätten nicht die nötigen „gesellschaftspolitischen Fähigkeiten“. Das soll nun nicht mehr vorkommen.



Der Lebensstandard im Westen

„Kuchen“ von 150 Mrd. DM – Hausratumsatz groß

Der „Kuchen“ in der Bundesrepublik und Westberlin vergrößert sich ständig. In diesem Jahr ist er wahrscheinlich doppelt so stark wie im Vorjahr. Es ist der „Kuchen“ des Sozialprodukts, es sind alle erzeugten Güter, Waren und Leistungen, deren Gesamtheit den Lebensstandard ausmacht. Bundesminister Erhard wagte in der letzten Woche die Voraussage, daß das Sozialprodukt der Bundesrepublik im laufenden Jahr etwa 150 Mrd. DM erreichen werde.

Die Zunahme des westdeutschen Brutto-Sozialprodukts müßte in diesem Jahr knapp 8% erreichen, damit sich die Erhard'sche Voraussage erfüllt. Da die bereits vorliegenden Ergebnisse des ersten Halbjahres 1954 bereits um 7,3% (4,7 Mrd.) größer waren als zu gleicher

herrscht haben. Es entfielen dann 1936 rund 60,5% auf den „privaten Verbrauch“, 1953/54 waren es 59,3%. Der Verbrauch an „Staatsleistungen“ ist gleichzeitig von 20,8% auf 17,1% gefallen.

Besonders interessant ist die Veränderung, die der Privatverbrauch seit 1938 in seiner Aufteilung auf die verschiedenen Verwendungszwecke erfahren hat. Der mengenmäßige Verbrauch je Kopf der Bevölkerung hat (1953/54) im Vergleich zu 1938 bei den „Genußmitteln“ um 23,3% abgenommen, obwohl für diesen Posten heute 12,4 Mrd. DM jährlich ausgegeben werden; es ist mehr als das Doppelte des Betrages für alle

Mieten und „Wohnungsnutzungen“ und auch 0,8 Milliarden mehr als der Gesamtaufwand für den ganzen Bekleidungsbedarf.

Beim Verbrauch der Nahrungsmittel, die mit einem Anteil von 32,5% an erster Stelle des Privatverbrauchs von 78 Milliarden DM stehen, sind wir nur 2,2% vom 1938er Niveau entfernt, für häusliche Dienste werden dagegen 35% weniger als 1938 aufgewandt. Der durchschnittliche Verbrauch an Kleidung (Anteil 14,9% am Privatverbrauch) je Kopf der Bevölkerung hat sich um 1,6% erhöht, dagegen werden 29% mehr Hausfrat „verbraucht“ und 34% mehr in den „Verkehr“ (Motorrad, Auto usw.) gesteckt. Auch an „Bildung und Unterhaltung“ werden 16% mehr je Kopf als 1938 verbraucht. Auch der Verbrauch an „Beleuchtung und Heizung“ ist je Kopf um 38,7% gestiegen, dabei dürfen wir nicht an Preissteigerungen denken, denn es handelt sich um Vergleiche zwischen jetzt und 1938, bei denen alle Preisveränderungen ausgeschaltet sind.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Zeit 1953, und da alle Zeichen der Wirtschaftskonjunktur eine weitere Aufwärtsentwicklung andeuten (z. B. Erzeugung der Industrie im September fast 10% höher als im gleichen Monat 1953), bestehen keine Zweifel, daß dieses Ziel erreicht wird.

Es ist verständlich, daß der Kuchen der im Inland zur Verfügung stehenden Güter und Leistungen nicht vollständig „aufgegessen“ werden darf. Etwa 18,2% des Kuchens (Netto-Sozialprodukt) werden laufend in Bauten, Industrieanlagen und Lagervorräte verwandelt.

Der Anteil des „privaten Verbrauchs“ am Brutto-Sozialprodukt hat sich gegenüber der Vorkriegszeit nur geringfügig geändert, wenn man alle Waren und Leistungen mit den Preisen in Rechnung stellt, die 1936 ge-

Deutscher „Volkshubschrauber“

Für die Konstruktion eines vollkommen neuartigen Hubschraubers, eines „Volkshubschraubers“, erhielt der deutsche Ingenieur Hans Lemmerz auf dem ersten internationalen Hubschrauberwettbewerb in St. Etienne (Frankreich) die Goldene Medaille. Lemmerz ist der Überzeugung, daß dieser vollkommen neue Typ eines Zweimann-Hubschraubers in Serie für 4000 DM auf den Markt gebracht werden kann.

Die Konstruktion ist denkbar einfach. Für den Antrieb ist ein Volkswagenmotor von 30 PS vorgesehen, der das Gerät bis zu einer Geschwindigkeit von

160 Kilometer in der Stunde bringt und auf 100 Kilometer doch nur sechs bis acht Liter Brennstoff verbrauchen soll.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920331. Druck: W. Buxenstein, GmbH.